

Kita braucht mehr Platz

Gemeinderat diskutiert über Neu- oder Anbau – Fördermittelrückzahlung droht

GLASHÜTTEN
Von Dieter Jenß



Die von der Arbeiterwohlfahrt betriebene Kindertagesstätte droht wegen des neuen Baugebiets Hofäcker II zu klein zu werden. Jetzt diskutiert der Gemeinderat die Frage, ob ein Anbau reicht, oder ob man gleich einen Neubau ins Auge fassen sollte.

Foto: Dieter Jenß

Neue Baugebiete in einer Kommune bringen nicht nur Neubürger mit zusätzlichen Einnahmen bei der Einkommensteuer, sondern bedeuten meist auch mehr Bedarf an Kinderbetreuung. Diese Erfahrung macht derzeit der Gemeinderat Glashütten. Bei der jüngsten Sitzung wurde deshalb kontrovers darüber diskutiert, ob es einen Anbau an das bisherige Gebäude der Kindertagesstätte im Zentrum oder womöglich einen kompletten Neubau im Bereich von Schulgelände und Kreislehrgarten braucht.

Auslöser war die dem Gremium vorgelegte detaillierte Bedarfsplanung der VG Mistelgau für das Kindergartenjahr 2021 für die Kindertagesstätte „Altes Schloss“, dessen Betriebsträger die Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Ober- und Mittelfranken ist. Demnach ist durch die Erweiterung des Baugebietes Hofäcker II mit 38 Bauparzellen mit einem Bedarf von zusätzlich 57 Plätzen zu rechnen.

Aktuell gilt die 2016 vom Landratsamt festgestellte Obergrenze von 35 Plätzen für zwei Kindergartengruppen plus zwölf Plätzen für eine Kinderkrippe. Hierzu räumt das Landratsamt die Möglichkeit für eine zehnprozentige Überbelegung ein, mit Ausnahme der Krippe. Aktuell sind im Kindergartenjahr 2020 insgesamt 53 Kinder angemeldet. Für das Kindergartenjahr 2021 liegend bisher Anmeldungen für 58 Kinder vor.

Einstimmig wurde schließlich die Bedarfsplanung gebilligt. Dann ging es um die Frage eines Kindergarten-An- oder -Neubaus. Dazu betonte Bürgermeister Sven Ruhl (AFW): „Wir sind keine Hellsäher, aber wir wissen, dass wir handeln müssen.“ Das betreffe auch die Einrichtung einer zweiten Krippengruppe. Er verwies auf eine Planskizze für einen Anbau von Architekt Berthold Hofmann

(Thurnau). Zugleich erinnerte Ruhl an die zweckgebundenen staatlichen Fördermittel bei der energetischen Sanierung des Kita-Gebäudes 2010 sowie der Erweiterung um eine Kinderkrippe im Jahr 2012, deren Rückzahlung bei baulichen Veränderungen oder anderer Nutzung binnen 25 Jahren drohen.

Darum drehte sich auch anfänglich die Diskussion. So wollte Michael Neuner (CSU) die Höhe der Zuschüsse und Andreas Opel (CSU) den womöglich zurückzuzahlenden Anteil wissen. Der Bürgermeister machte klar, dass im Falle einer komplett neuen Nutzung des Gebäudes Rückzahlungen anstehen. Das Haus solle deshalb weiterhin für Kinder genutzt werden.

Auch VG-Kämmerer Winfried Wagner warnte vor einer anteiligen Rückzahlung. Es sollte mit der Regierung von Oberfranken geredet werden, auch auf politischer

Ebene, so Andreas Opel: „Nicht alles ist in Stein gemeißelt.“

Zweiter Bürgermeister Oliver Becker (CSU) sprach sich dafür aus, die für zwei Maßnahmen (2010 und 2012) unterschiedlichen Grundlagen der Zuschussgewährung genau auseinander zu halten und Details zu ermitteln.

Im Laufe der Diskussion kam aus den Reihen der vierköpfigen CSU-Fraktion die Forderung, Alternativen zu prüfen. So sagte Michael Neuner, dass es heute viel zu früh sei, sich auf Pläne für einen Anbau festzulegen. Stattdessen sollte über einen Neubau nachgedacht und gleichzeitig ein Kostenvergleich angestellt werden.

Für einen Neubau starkmachte sich vor allem Andreas Opel. Parallel solle per Gutachten der Wert des alten Gebäudes im Falle eines Verkaufs ermittelt werden. Die Räumlichkeiten dort reichten auf

jeden Fall nicht mehr aus. Er schlug als neue Lösung einen Neubau im Bereich Schule und Kreislehrgarten als zentralen Ort vor.

Bürgermeister Ruhl dagegen beharrte auf einem Anbau. Schließlich sei für den bisherigen Standort in der Vergangenheit viel Geld in die Hand genommen worden. Laut Herbert Zeilmann (AFW) sollten zwar alle Möglichkeiten in Betracht gezogen werden, er sprach sich aber auch für den bisherigen zentralen Standort mitten im Dorf aus. „Wir sollten uns Alternativen nicht verbauen“, empfahl derweil Zweiter Bürgermeister Oliver Becker (CSU).

Schließlich verständigte sich das Gremium auf Vorschlag Ruhls darauf, Alternativpläne durch den Architekten mit Grobschätzung erarbeiten zu lassen. Und ermitteln zu lassen, in welcher Höhe Zuschussrückzahlungen drohen.